

Ago1 Wandel gerecht organisieren – gute Arbeit für alle!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 30.09.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Arbeit gerecht organisieren

Antragstext

Niedersachsen im Herbst 2026: In den Werkshallen wird gearbeitet, in den Häfen werden Güter umgeschlagen, in den Städten und Gemeinden kümmern sich Menschen darum, dass ihr Ort funktioniert. Vereine bringen Nachbarschaften zusammen, Beschäftigte gestalten Veränderungen in ihren Betrieben mit. Und überall im Land gibt es Menschen mit Ideen und Tatkraft, die daran arbeiten, Niedersachsen auch morgen zu einem guten Land zum Leben und Arbeiten zu machen.

Gleichzeitig spüren viele Menschen, dass sich etwas verändert. An der Küste und auf den Inseln stellt sich immer dringlicher die Frage, wie wir unser Land vor den Folgen des steigenden Meeresspiegels und den Stürmen schützen. In Wolfsburg und Salzgitter geht es für viele Beschäftigte darum, wie die industrielle Stärke unseres Landes in diesen Zeiten des tiefgreifenden Wandels erhalten werden kann. Auf vielen Höfen hat der Dürresommer massive Ernteauffälle hinterlassen, und auf den Feldern und Baustellen wird die Arbeit in heißen Sommern immer härter. Und in kleinen Gemeinden entscheidet sich ganz konkret, ob der Bus noch fährt.

Diese Veränderungen erleben Menschen unterschiedlich. Manche können steigende Kosten leichter auffangen, haben Rücklagen oder verfügen über mehr Einfluss. Andere müssen jeden Euro umdrehen und erleben Veränderung zuerst als Belastung. Genau deshalb ist es politische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass unser Land in diesen Umbrüchen auch in der Arbeitswelt nicht auseinanderdriftet. Denn Niedersachsen hat vieles, worauf wir aufbauen können. Wir können unseren Beitrag dazu leisten, die großen Veränderungen unserer Zeit so zu gestalten, dass am Ende nicht einige wenige profitieren, während andere die Kosten tragen. Wir wollen, dass sich Unsicherheit nicht in Wut verwandelt, sondern wir durch Mitbestimmung und gute Arbeit wieder mehr Menschen mitnehmen.

Gute Arbeit braucht eine Perspektive

In Wolfsburg, Emden und Salzgitter und in Braunschweig, wo Volkswagen Batteriesysteme für die Elektromobilität fertigt, entscheidet sich, ob klimaneutrale Industrie und gute Arbeit zusammengehen. In Papenburg arbeitet die Meyer Werft daran, Schiffbau und Schifffahrt klimafreundlicher zu machen, und mit dem Recycling von Batterien und Rohstoffen entstehen neue Arbeitsplätze in der Kreislaufwirtschaft. Die Beschäftigten haben gezeigt, dass sie Wandel anpacken können. Das Land kann einem Unternehmen seine Entscheidungen nicht abnehmen, auch nicht als Anteilseigner von Volkswagen. Aber es redet mit, wenn es um Richtungsentscheidungen für die Zukunft geht. Und es entscheidet, unter welchen Bedingungen öffentliches Geld fließt. Diesen Hebel nutzen wir: Die Landesförderung soll dorthin fließen, wo Unternehmen in Zukunftstechnologien, Ausbildung und Wertschöpfung in der Region investieren. Denn wettbewerbsfähig bleibt Niedersachsen nur mit hoher Produktivität: mit modernen Anlagen, qualifizierten Beschäftigten und Betrieben, die in Innovation investieren. Gute Arbeit heißt für uns dabei sichere, gesunde und mitbestimmte Arbeit mit Perspektive.

42 Der Wandel gelingt dort am besten, wo Unternehmen, Beschäftigte und ihre
43 Gewerkschaften ihn gemeinsam gestalten. Diese Sozialpartnerschaft ist eine
44 Stärke Niedersachsens, und wir wollen sie ausbauen: mit hoher Tarifbindung,
45 starken Betriebsräten und einem Land, das Arbeitgeber und Gewerkschaften an
46 einen Tisch holt, wenn es um die Zukunft eines Standorts geht. Dazu gehört eine
47 aktive Industriepolitik. Wie das aussieht, zeigt Salzgitter: Mit SALCOS stellt
48 die Salzgitter AG ihre Stahlproduktion schrittweise auf Wasserstoff um. Bund und
49 Land fördern die erste Ausbaustufe mit über 1,3 Milliarden Euro, sie soll 2027
50 in Betrieb gehen. Weitere Ausbaustufen hat das Unternehmen auch wegen hoher
51 Energiekosten verschoben. Damit es weitergeht, braucht es bezahlbaren Strom,
52 verlässliche Rahmenbedingungen und Märkte für klimafreundlichen Stahl. So
53 sichern wir Industriearbeitsplätze und machen Klimaschutz zum Standortvorteil.
54 Diesen Weg wollen wir weitergehen: mit einer Ansiedlungspolitik, die Unternehmen
55 dorthin holt, wo erneuerbare Energie erzeugt wird, und mit verlässlicher
56 Unterstützung für Betriebe, die ihre Produktion klimaneutral umbauen.
57 Niedersachsen hat dafür starke Zukunftsfelder: Energie und Wasserstoff, Clean
58 Tech, Kreislaufwirtschaft, Robotik und Automatisierung sowie die Luft- und
59 Raumfahrt von Stade bis Braunschweig. Gerade die Robotik zeigt, wie wichtig
60 Mitbestimmung bleibt: Wenn Beschäftigte Maschinen anlernen, müssen sie auch
61 mitentscheiden, wie ihre Arbeit danach aussieht.

62 Gute Arbeit in der Klimakrise

63 Der Wandel, über den wir sprechen, ist auch ein Wandel durch die Klimakrise, und
64 den spüren viele Menschen längst bei ihrer Arbeit. Hitzesommer, Starkregen und
65 Stürme verändern, wie und unter welchen Bedingungen gearbeitet wird. Schon heute
66 fühlt sich rund jede*r dritte Beschäftigte durch Hitze am Arbeitsplatz belastet,
67 bei langer Arbeit im Freien sind es rund 60 Prozent. Wer auf dem Dach, auf dem
68 Feld, im Gewächshaus oder in der Pflege arbeitet, trägt die Folgen der
69 Klimakrise zuerst.

70 Hitzeschutz ist deshalb eine Frage der Gerechtigkeit. Einige Regeln dafür gibt
71 es schon. Sie müssen aber auch alle erreichen. Wir wollen, dass die
72 Gewerbeaufsicht den Hitzeschutz in den Betrieben stärker kontrolliert und das
73 Land als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht. Die Kommunen unterstützen wir
74 dabei, Hitzeaktionspläne aufzustellen und umzusetzen. Vom Bund erwarten wir,
75 dass er den Arbeitsschutz auf saisonale und geringfügige Beschäftigung
76 ausweitet, etwa in Landwirtschaft und Gartenbau, und dass er kommunale
77 Hitzeaktionspläne verbindlich macht und mitfinanziert. Die Forderung der
78 Gewerkschaften nach einem solidarisch finanzierten Hitze-Ausfallgeld
79 unterstützen wir, damit niemand zwischen Gesundheit und Lohn wählen muss. Gute
80 Arbeit muss überall gesund bleiben, nicht nur in den großen Werken.

81 Was Hitze und Überlastung bedeuten, zeigt sich am deutlichsten in der Pflege.
82 Pflegekräfte arbeiten im Schichtdienst, oft unterbesetzt, und in Hitzesommern
83 zusätzlich auf überhitzten Stationen, während mehr Menschen in die Notaufnahmen
84 kommen. Gute Arbeitsbedingungen in Kliniken und Pflegeeinrichtungen sind deshalb
85 immer auch Schutz für die Patient*innen. Wo das Land die Modernisierung der
86 Krankenhäuser mitfinanziert, soll Hitzeschutz ein festes Kriterium sein, damit
87 Stationen auch im Sommer Orte bleiben, an denen man gut arbeiten und gesund
88 werden kann.

89 Was in der Pflege besonders sichtbar ist, erleben viele Beschäftigte auch
90 anderswo: bei der Müllabfuhr, die in diesem Sommer schon im Morgengrauen
91 begonnen hat, damit unsere Städte bei über 30 Grad hygienisch bleiben, genauso
92 wie im kleinen Handwerksbetrieb oder im Büro. Hitze, Zeitdruck, zu wenig
93 Personal und ständige Erreichbarkeit belasten Körper und Psyche. Sie gehören
94 heute zu den häufigsten Gründen für lange Krankschreibungen. Arbeitgeber sind
95 verpflichtet, auch diese Belastungen zu beurteilen, doch gerade kleinen
96 Betrieben fehlen dafür oft das Wissen oder die Kapazitäten. Wir wollen, dass die
97 Arbeitsschutzbehörden sie dabei beraten und genauer hinschauen. Und wer trotzdem
98 krank wird, braucht Vertrauen statt Misstrauen. Die Pläne der Bundesregierung,
99 die telefonische Krankschreibung abzuschaffen und ab dem ersten Tag ein Attest
100 zu verlangen, treiben Kranke in überfüllte Wartezimmer oder zurück an den
101 Arbeitsplatz. Wir setzen auf mündige Bürger*innen. Eine Kürzung der
102 Kinderkrankentage lehnen wir ebenfalls ab. Berufstätige Eltern brauchen
103 Unterstützung, keine zusätzlichen Sorgen.

104 Klimaschutz braucht eine Verkehrswende, und die hängt an den Menschen, die Busse
105 und Bahnen fahren. Gewerkschaften und Klimabewegung zeigen gemeinsam: Ein guter
106 Nahverkehr braucht gute Arbeitsbedingungen. Doch vielerorts droht wegen knapper
107 kommunaler Kassen ein Abbau des Angebots. Die Finanzierung des Nahverkehrs muss
108 so abgesichert sein, dass gute Tarifabschlüsse nicht zulasten des Angebots
109 gehen. Dafür braucht es auch den Bund: ein dauerhaft gesichertes
110 Deutschlandticket ist wichtig. Für einen Tankrabatt sind Milliarden da. Für ein
111 bezahlbares Deutschlandticket offenbar nicht. Dabei hätte man mit diesem Geld
112 die nächste Preiserhöhung verhindern können. Genauso wichtig sind deutlich mehr
113 Mittel für den Nahverkehr.

114 Weiterbildung ist Teil sozialer Sicherheit

115 Die beste Industriepolitik sichert keinen Standort, wenn die Menschen, die dort
116 arbeiten, den nächsten Schritt nicht mitgehen können. Wer heute als
117 Facharbeiterin in der Verbrennerfertigung steht oder als Anlagenmechaniker im
118 Rotorblattbau um den nächsten Auftrag bangt, braucht keinen Appell an die
119 Zukunft, sondern einen echten Weg dorthin. Ob sich jemand weiterentwickeln kann,
120 darf nicht davon abhängen, ob er genug Geld, Zeit und Wissen hat, um sich selbst
121 darum zu kümmern. Weiterbildung darf deshalb kein Angebot am Rand des
122 Berufslebens bleiben. Sie gehört zur sozialen Sicherheit.

123 Mit dem neuen Bildungszeitgesetz haben wir das Recht auf Weiterbildung in
124 Niedersachsen modernisiert: flexibler, auch digital und für mehr Beschäftigte
125 als bisher. Rund 45.000 Menschen nutzen dieses Recht jedes Jahr. Das zeigt, dass
126 es gebraucht wird, und zugleich, wie viele es noch nicht erreicht. Fünf Tage im
127 Jahr reichen, um sich fortzubilden. Wenn ein ganzer Produktionszweig wegbricht,
128 braucht es mehr, um sich beruflich neu aufzustellen.

129 Deshalb wollen wir Weiterbildung zu einem selbstverständlichen Teil des
130 Berufslebens machen. Die Anforderungen der Arbeitswelt entwickeln sich schnell.
131 Umso wichtiger ist es, dass Beschäftigte unabhängig beraten werden und die
132 besten Angebote nutzen können, ob in der Region, digital, an Hochschulen oder
133 bei den Kammern. Und wo das Land Qualifizierung fördert, gilt auch für die
134 Bildungsträger: gute Arbeitsbedingungen für die, die weiterbilden. Handwerk und
135 Mittelstand brauchen gezielte Unterstützung, damit Weiterbildung nicht daran
136 scheitert, dass ein kleiner Betrieb die Freistellung nicht stemmen kann.

- 137 Arbeit von morgen: KI gerecht gestalten, Fachkräfte gewinnen
- 138 Der Wandel findet nicht nur in den Werkshallen statt. Künstliche Intelligenz
139 verändert Büros, Verwaltungen, Pflege und Handel. Sie kann Arbeit erleichtern
140 und von Routine befreien. Sie kann aber auch zu mehr Kontrolle und mehr Druck
141 führen und langjährige Erfahrung entwerten. Welche Richtung sich durchsetzt, ist
142 keine technische Frage, sondern eine Frage der Mitbestimmung.
- 143 Das Land ist selbst einer der größten Arbeitgeber in Niedersachsen und setzt KI
144 bereits in der Verwaltung ein. Wer damit arbeitet, wird mit dem KI-Führerschein
145 darauf vorbereitet. Diesen Weg wollen wir weitergehen: KI wird gemeinsam mit den
146 Beschäftigten und ihren Vertretungen eingeführt, und wo sie Zeit spart, soll
147 diese Zeit den Beschäftigten und den Bürger*innen zugutekommen, statt zu mehr
148 Arbeitsverdichtung zu führen.
- 149 Die meisten Beschäftigten arbeiten aber in kleinen und mittleren Betrieben, in
150 denen oft weder Zeit noch vertieftes Fachwissen für die Einführung neuer Technik
151 vorhanden sind. Das Zukunftszentrum Nord berät Betriebe und Beschäftigte
152 kostenlos dabei, KI so einzusetzen, dass gute Arbeit entsteht. Solche Angebote
153 dürfen nicht mit dem Ende einer Förderperiode verschwinden. Und Betriebs- und
154 Personalräte, die KI-Einführungen begleiten, brauchen verlässliche und
155 unabhängige Beratung. Das wollen wir unterstützen. Vom Bund erwarten wir, dass er
156 die Zukunftszentren dauerhaft absichert und endlich ein
157 Beschäftigtendatenschutzgesetz vorlegt, das klare Regeln für KI im
158 Arbeitsverhältnis setzt: Kein Mensch darf allein von einem Algorithmus bewertet,
159 überwacht oder aussortiert werden. Und die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte
160 müssen mit der Technik Schritt halten.
- 161 Gleichzeitig fehlen in vielen Bereichen Fachkräfte, in der Pflege, im Handwerk,
162 in den Kitas. Wer zu uns kommt, um hier zu arbeiten, soll schnell ankommen
163 können. Im Landtag haben wir gemeinsam mit der SPD beschlossen, regionale
164 Netzwerke für Fachkräfteeinwanderung und Arbeitsmarktintegration dauerhaft zu
165 sichern und auszubauen. Die Landesstelle Berufsanerkennung berät Menschen, die
166 ihren ausländischen Abschluss anerkennen lassen wollen. Diese Verfahren müssen
167 schneller werden, damit niemand jahrelang unter seiner Qualifikation arbeitet.
168 Denn wer hierher kommt, soll nicht nur als Arbeitskraft gebraucht werden,
169 sondern dazugehören.
- 170 Niedersachsen kann Veränderung gerecht organisieren
- 171 Bei VW ist die Frage der Zukunft der Werke noch nicht beantwortet. Die
172 Beschäftigten werden weiter um ihre Perspektive kämpfen. Die Standorte werden
173 weiter auf Investitionen und eine langfristige industrielle Zukunft drängen. Das
174 Land wird seinen Einfluss als Anteilseigner und als politischer Akteur nutzen.
175 VW steht damit beispielhaft für eine Frage, die Niedersachsen in den kommenden
176 Jahren an vielen Orten beschäftigen wird: Wie wollen wir mit Umbrüchen umgehen?
177 Wir wollen, dass Menschen dabei nicht zu Zuschauer*innen ihrer eigenen Zukunft
178 werden.
- 179 Die Umbrüche unserer Zeit verändern die Bedingungen, unter denen Menschen ihr
180 Leben planen. Veränderungen können Menschen zusammenbringen. Sie können aber
181 auch Verunsicherung, Konflikte und das Gefühl verstärken, dass die eigene
182 Position in der Gesellschaft unsicherer wird. Manche reagieren darauf mit dem
183 Wunsch, Entwicklungen aufzuhalten oder zu einer vermeintlich eindeutigeren

184 gesellschaftlichen Ordnung zurückzukehren. Rechtsextreme und autoritäre Kräfte
185 versuchen, diese Konflikte für sich zu nutzen. Sie versprechen einfache
186 Antworten auf komplexe Fragen, benennen Schuldige und erzählen von einer
187 Gesellschaft, in der sich verschiedene Gruppen gegenseitig etwas wegnehmen. Sie
188 verbinden reale Probleme mit der Abwertung von Menschen. Wir dürfen nicht
189 glauben, dass Menschen nur aus wirtschaftlicher Not rechtsextreme Parteien
190 wählen. Die Sorgen gehen tiefer. Es geht um das Bedürfnis nach Halt, um
191 Zugehörigkeit und die Angst, in einer Welt, die sich immer schneller dreht, an
192 Einfluss zu verlieren. Wenn man das Gefühl hat, den Anschluss zu verpassen,
193 hilft es wenig einfach stehen zu bleiben. Man muss sich nach neuen Wegen
194 umschauen. Genau hier müssen wir die Hand ausstrecken und unterstützen. Erst das
195 Gefühl, wieder Teil des Ganzen zu sein und mitgestalten zu können, gibt den
196 Menschen die Sicherheit zurück, die sie suchen. Deshalb reicht es nicht, die
197 Folgen des Wandels nur materiell abzufedern.

198 Wo Betriebsräte mitreden, erleben Beschäftigte jeden Tag, dass ihre Stimme
199 zählt. Wir setzen auf Mitbestimmung im Wandel und gerechte Chancen für alle
200 Menschen. Gerechtigkeit bedeutet nämlich auch, dass Menschen erfahren können:
201 Ich gehöre dazu. Ich werde gesehen. Ich kann etwas bewirken. Ich muss meinen
202 Anteil am guten Leben nicht gegen den Anteil eines anderen verteidigen. Wir
203 arbeiten heute darauf hin, dass die Möglichkeiten von morgen nicht einigen
204 wenigen gehören.